Die Begründung
des
Deutschen Reiches
durch
Wilhelm I.

Vierter Band.

Die Begründung
des
Deutschen Reiches
durch
Wilhelm I.

Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten

von

Heinrich von Sybel

Dritte Auflage der Volksausgabe

Vierter Band

Beneficia obtruduntur

München und Berlin 1913
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Alle Rechte vorbehalten

Papier von Bohnenberger & Cie., Niefern

Inhalt des vierten Bandes.

Seite

Dreizehntes Buch. Spannung zwischen Österreich und Preußen 1

Erstes Capitel. Der italienische Septembervertrag . . 3

Französische Politik gegen Italien S. 5. Napoleon geht auf Italiens Wünsche ein S. 7. Vorschlag der Verlegung der italienischen Residenz S. 9. Sendung La Marmora's S. 11. Abschluß des Vertrags S. 13. Eindruck auf Österreich S. 15. Österreichisches Einlenken zu Italien S 17.

Zweites Capitel. Ausweisung der Bundestruppen aus Holstein 18

Österreich und Preußen S. 19. Österreichische Depeschen über Schleswig-Holstein S. 21—23. Preußen begehrt den Abzug der Bundestruppen aus Holstein S. 25. Sachsen weigert die Räumung S. 27. Österreich vermittelt S. 29. Der Bund beschließt die Räumung Holsteins S. 31.

Drittes Capitel. Die preußischen Februar-Forderungen 32

Stellung der Parteien in der schleswig-holsteinischen Frage S. 33. Preußens Erklärungen in Wien S. 35. Österreich droht mit dem Bruche der Allianz S. 37. Buntes Durcheinander der Ansichten in Deutschland S. 39. Gespräch Bismarck's mit Karolyi S. 41—43. Bismarck's Instruction an den Bundestags-Gesandten S. 45. Die preußischen Forderungen. Allgemeiner Widerspruch dagegen S. 47.

Seite

Viertes Capitel. Preußen und Frankreich 49

Bismarck's Verhandlungen mit Benedetti S. 51. Bismarck's Schreiben an Goltz, 20 Februar S. 53—57.

Fünftes Capitel. Die Zustände in Schleswig-Holstein 58

Finanzlage Schleswig-Holsteins S 59. Populäre Stimmungen S. 61. Holsteiner Particularismus S. 63. Die Civilcommissare der deutschen Großmächte S. 65. Huldigungsadresse für Augustenburg S. 67. Erste Regungen einer preußisch-gesinnten Partei S. 69. Antrag der Mittelstaaten beim Bunde S. 71.

Sechstes Capitel. Österreich und der Bundestag . . 73

Österreichs Protest gegen die preußische Station in Kiel S. 75. Preußische Aufträge an Goltz und Usedom S. 77. Bismarck wünscht einen schleswig-holsteinischen Landtag zu berufen S. 79. Bismarck fordert die Entfernung des Erbprinzen S. 81. Wachsende Aufregung in den Herzogthümern S 83. Abweisende Haltung Österreichs S. 85. Königlicher Ministerrath in Berlin S. 87. Abstimmungen der Minister S. 89.

Vierzehntes Buch. Übereinkunft von Gastein 91

Erstes Capitel. Preußisches Ultimatum 93

Allseitige Friedensliebe und Unlöslichkeit des Gegensatzes S. 95. Immer schärferer Gegensatz S. 97. Einige Annäherung zwischen Wien und Berlin S. 99. Vergebliche Aufforderung an den Erbprinzen, Holstein zu verlassen S. 101. Gutachten der preußischen Kronjuristen über Augustenburg S. 103. Das Kronsyndicat entscheidet gegen Augustenburg S. 105. Militärische Vorkehrungen in Preußen S. 107. Drohende Depeschen nach Wien S. 109. Beschluß des Ultimatums S. 111. Pfordten's Zusammenkunft mit König Wilhelm und Bismarck S. 113. Pfordten's Vermittlungsversuche S. 115.

Zweites Capitel. Österreichische Ministerkrisis . . . 116

Allseitige Opposition gegen Schmerling S. 117. Graf Belcredi wird Ministerpräsident S. 119. Constituirung des neuen Ministeriums S. 121. Graf Blome's Vorschläge in Gastein S. 123. Vorschlag einer Theilung der Verwaltung

Seite

Schleswig-Holsteins S. 125. Prüfung des Vorschlags im österreichischen Ministerrath S. 127. Preußens Verhandlung mit Italien S. 129. Der Minister La Marmora S. 131. Ungewißheit über Frankreichs und Italiens Haltung S. 133.

Drittes Capitel. Umgestaltung des schleswig-holsteinischen Gemeinbesitzes 135

Vortheile des österreichischen Vertrags-Entwurfs für Preußen S. 137. Entscheidung durch die europäische Lage S. 139. Abschluß der Gasteiner Übereinkunft S. 141. Opposition gegen den Vertrag S. 143. Erbitterung der Mittelstaaten S. 145. La Marmora's Täuschungen S. 147.

Viertes Capitel. Bismarck in Biarritz 148

Pariser Zeitungssturm gegen den Gasteiner Vertrag S. 149. Napoleon's Äußerungen S. 151. Bismarck's Urtheil darüber S. 153. Veröffentlichung des französischen Cirkulars S. 155. Bismarck und Drouyn de Lhuys S. 157 Bismarck's Gespräche mit Napoleon S. 159. Weitere Gespräche S. 161. Bismarck's Gespräch mit Ritter Nigra S. 163.

Fünftes Capitel. Leidliches Einvernehmen 164

Hader zwischen Deutschen und Dänen in Nordschleswig S. 165. Die Verwaltung des Generals von Manteuffel S. 167. Differenzen zwischen Manteuffel und Bismarck S. 169. General von Gablenz in Holstein S. 171. Gutes Verhältniß zwischen Gablenz und Manteuffel S. 173. Gablenz's Beliebtheit in Holstein S. 175. Österreich und Preußen vereint gegen Bayern und Genossen S. 177.

Fünfzehntes Buch. Preußisch-italienisches Bündniß . 179

Erstes Capitel. Das Ende der österreichischen Allianz 181

Italienische Vorschläge in Wien S. 183. Deutsch-italienischer Handelsvertrag S. 185. Beginnender Hader zwischen Gablenz und Manteuffel S. 187. Augustenburger Demonstrationen S 189. Die Krisis S. 191. Schreiben Bismarck's an Usedom S. 193. Augustenburger Massendemonstration in Altona S. 195. Peremptorische Frage an Österreich über die Fortdauer der Allianz S. 197 Österreichs ablehnende Antwort S. 199.

Seite

Zweites Capitel. Schwüle Luft 200

König Wilhelm und Bismarck S. 201. Bayerische Äußerungen S. 203 Napoleons Freundlichkeit. Unsichere Haltung Italiens S. 205. Königlicher Ministerrath, 28. Februar 1866 S. 207. Entscheidung des Königs. Verhandlung mit Napoleon S. 209. Frage der französischen Compensationen S. 211. Instruction für Moltke S. 213.

Drittes Capitel. Abschluß des italienischen Bündnisses 215

Sendung des Generals Govone nach Berlin S. 217. Bismarck's diplomatische Taktik S. 219. Schwere Sorgen in Wien S. 221. Kaiserlicher Marschallrath S. 223. Österreichische Depeschen vom 16. März S. 225. Preußische Depesche vom 24. März. Militärische Vorkehrungen S. 227. Italien zeichnet den Bundesvertrag S. 229.

Viertes Capitel. Antrag auf Bundesreform 231

Verhandlung mit Bayern S. 233. Bismarck's Gründe für allgemeines gleiches Stimmrecht S. 235. Pfordten's Standpunkt S. 237. Ungünstige Aufnahme des Antrags auf Berufung eines deutschen Parlaments S. 239. Englische und französische Kritik S. 241. Der Bundestag weist den Antrag an einen Ausschuß S. 243. Ausschußverhandlung am 11. Mai S. 245.

Sechzehntes Buch. Bruch zwischen Österreich und Preußen 247

Erstes Capitel. Allseitige Rüstung 249

Österreich und Preußen betheuern ihre Friedensliebe S. 251. Abrede auf gemeinsame gleichzeitige Abrüstung S. 253. Alarmirende Nachrichten aus Italien S. 255. Mobilmachung des österreichischen Heeres S. 257. Mobilmachung des italienischen Heeres S. 259. Preußen hält noch zurück S. 261. Erste Schritte zur Mobilmachung in Preußen S. 263. Vollendung der preußischen Mobilmachung S. 265. Rüstung der Mittelstaaten S. 267.

Zweites Capitel. Letzter Einigungsversuch 269

Neue Wendung der französischen Politik S. 271. Thiers' Rede gegen Deutschlands Einheit S. 273. Frankreichs Antrag

Seite

an Italien S. 275. Baron Anton von Gablenz S. 277. Bismarck's versöhnliche Depesche vom 7. Mai S. 279. Gespräche der Generale Gablenz und Manteuffel S. 281. Anton Gablenz's Rückreise nach Wien S. 283. Verhandlungen in Hannover S. 285. Innere Zustände Österreichs S. 287.

Drittes Capitel. Österreich und Frankreich 289

Eröffnungen des französischen Ministers an Goltz S. 291. Napoleon's Unwille gegen Italien S. 293. Napoleon's Vorschlag für den Congreß S. 295. Geheime Verhandlung zwischen Wien und Paris S. 297. Österreich lehnt den Congreß ab und ruft den Bundestag an S. 299. Bedrohung der nationalen Zukunft Deutschlands und Italiens S. 301. Wiener Vertrag vom 12. Juni S. 303. Preußen weigert deutsche Landesabtretung an Frankreich S. 305. Napoleon sucht Italien von Preußen zu trennen S. 307. Napoleon's Manifest vom 11. Juni 309.

Viertes Capitel. Die Kriegserklärung 310

Preußen erklärt den Gasteiner Vertrag für gebrochen S. 311. Neue Anklagen Österreichs gegen Preußen S. 313. Bismarck's Brief an den Herzog von Sachsen-Coburg S. 315. Äußerungen des Ministers von der Pfordten S. 317. Manteuffel rückt in Holstein ein S. 319. Österreich beantragt die Mobilmachung des Bundesheeres S. 321. Preußens Gegenmaaßregeln S. 323 Bismarck's Denkschrift über die ersten militärischen Operationen S. 325. Bundesbeschluß vom 14. Juni S. 327. Preußen erklärt den Bundesvertrag für erloschen S. 329.

Dreizehntes Buch.

Spannung zwischen Österreich und Preußen.

---

1. Capitel.

Der italienische Septembervertrag.

Während Preußen mit der Befreiung Schleswig-Holsteins die erste Station auf seiner großen Bahn erreichte, that auch der Kaiser Napoleon einen wichtigen, vorbereitenden Schritt für die Verwirklichung seines alten Lieblingsgedankens, für die Vollendung der nationalen Unabhängigkeit Italiens.

In dieser Sache war Vieles, wie wir wissen, im Gegensatze zu seinen Wünschen geschehen. Er hatte die Österreicher aus Italien verdrängen und dann den Staaten der Halbinsel eine Bundesverfassung unter dem Vorsitze des Papstes geben wollen. Aber Preußens Dazwischenkunft hatte ihn genöthigt, Venetien dem Kaiser Franz Joseph zu lassen, worauf dann die Bevölkerungen Mittelitaliens und leider auch die der päpstlichen Legationen und Marken, so wie schließlich Sicilien und Neapel sich mit Piemont vereinten, und an die Stelle eines italienischen Staatenbunds ein einheitliches Königreich Italien trat. Napoleon hatte gegen die Abtretung Savoyens und Nizzas zugelassen, was er füglich nicht hindern konnte. Nur an einer Stelle setzte er den italienischen Bestrebungen einen unerschütterlichen Damm entgegen. Seine Regimenter hielten fortdauernd Rom und das Patrimonium Petri besetzt, und sicherten hier, trotz des Hasses der Einwohner, die päpstliche Herrschaft. Vergebens hatte Cavour am 27. März 1861 durch die berühmte Tagesordnung des italienischen Parlaments Rom für die natürliche Hauptstadt Italiens erklären lassen; vergebens suchte er dann mit nachgiebigem Einlenken den Abzug der französischen Besatzung aus Rom

durch das Versprechen des Verzichts auf jeden gewaltsamen Angriff zu erlangen. Für Napoleon's innere Politik war die Unterstützung durch den französischen Klerus von entscheidender Bedeutung, und diese nur durch Fortdauer der französischen Besatzung in Rom zu erlangen. Immerhin, als nach Cavour's Tode der Minister Durando die von jenem begonnene Unterhandlung wieder aufnahm, zeigte sich der Kaiser gegen die Abberufung seiner Garnison aus Rom nicht völlig abgeneigt, wenn Italien die bindende Zusage gebe, ein für alle Male die Grenzen des Patrimonium Petri zu respectiren. Aber in diesem Momente durchbrach, wie wir beobachteten, der Freischaarenzug Garibaldi's gegen Rom die Verhandlung. Zwar schlug ihn die italienische Regierung auf der Stelle zu Boden, dem italienischen Volke gegenüber hielt sich aber Durando verpflichtet, in seiner Note vom 10. September 1862 vor Europa zu erklären, daß Italien den Besitz Roms nicht entbehren könne. Die Aufregung und Erbitterung der klerikalen Partei war hienach so gewaltig aufgeflammt, daß Napoleon es für unerläßlich erachtete, sich in der schärfsten Weise von diesen italienischen Verkehrtheiten loszusagen. An die Stelle des italienisch gesinnten Thouvenel hatte er den ultramontanen Drouyn de Lhuys in das auswärtige Amt zurückberufen, und dieser hierauf Thouvenel's Genossen Benedetti und Lavalette von ihren Gesandtschaftsposten in Turin und Rom entfernt, sowie der italienischen Regierung in drohendem Tone die Unverletzlichkeit der päpstlichen Herrschaft und den Abbruch der bisherigen Unterhandlung darüber erklärt.

In dieser Lage blieben die Dinge während des Jahres 1863. Napoleon sprach mit dem italienischen Gesandten, Ritter Nigra, stets im freundlichsten Tone, äußerte aber sonst wohl seine Verwunderung, daß Österreich so starr auf dem unhaltbaren Besitz von Venetien, und Italien ebenso thöricht auf dem nicht minder unfruchtbaren Besitz von Neapel beharre. Noch unumwundener erklärte Drouyn de Lhuys, die einzig angemessene Gestaltung Italiens sei eine Dreitheilung, ein Königreich im Norden, ein anderes im Süden, deren Eifersucht den dazwischen liegenden Kirchenstaat decken würde; er sprach den Gesandten Rußlands und Preußens offen sein Bedauern aus, daß die Anerkennung Italiens durch die beiden Mächte im Jahre 1862 den Kaiser verhindert habe, auf ein so heilsames System hinzuwirken. So war die Annäherung, welche damals in Folge des polnischen

Aufstandes zwischen Frankreich und Österreich sich anbahnte, für Italien doppelt bedenklich; immerhin lag einige Monate lang die Möglichkeit eines großen Kriegs der beiden Kaiser gegen Rußland vor, bei welchem dann vielleicht Napoleon Anlaß genommen hätte, das Wiener Cabinet zur Abtretung Venetiens gegen Annexion der Donaufürstenthümer zu bestimmen. Für alle Fälle hielt Italien sein Heer in Kriegsbereitschaft, so schwer es auch damit seine Finanzen belastete. Zugleich aber entschloß sich Visconti-Venosta, Minister des Auswärtigen im damaligen Cabinet Minghetti, unter Aufgabe des Standpunkts vom 10. September 1862, in Paris wieder im Cavour'schen Sinne eine Unterhandlung über den Abzug der Franzosen aus Rom zu versuchen, und ertheilte am 9. Juli 1863 dem Ritter Nigra den entsprechenden Auftrag. Indessen ging die polnische Verwicklung ohne einen europäischen Krieg vorüber; auf die Depesche vom 9. Juli kam keine Antwort aus Paris; die französische Besetzung Roms schien unwiderruflich. Dafür trat Napoleon mit seinem großen Congreßgedanken hervor, aus dem für Italien eine plötzliche Hoffnung auf den Erwerb Venedigs hervorleuchtete, und der alle Gemüther für einen Augenblick in fieberhafte Bewegung versetzte. Aber auch hier blieb die Erfüllung aus; denn auf eine hastige Anfrage in Paris und in London, ob man gegen Österreich losschlagen solle, kam von beiden Seiten her nur eine Mahnung zu Frieden und Entwaffnung. Es folgte der dänisch-deutsche Streit, und hier glaubte eine geraume Zeit hindurch ganz Italien an einen Bruch zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten, und verdoppelte also seine Rüstungen, um im gegebenen Falle Österreich mit voller Kraft im Rücken zu fassen. Wieder aber schien sich die am Horizonte aufsteigende Wetterwolke in Dunst aufzulösen, als Napoleon den englischen Antrag auf Unterstützung Dänemarks ablehnte und seine Achtung vor der patriotischen Erregung des deutschen Volkes aussprach. In Turin war man der Verzweiflung nahe. Weder die römische, noch die venetianische Frage war der Lösung um einen Schritt näher gerückt; Österreich schien in der Behauptung Venedigs besser als je durch seine preußische Allianz gedeckt; unter dem Schutz der französischen Bajonette dehnte die bourbonische Wühlerei von Rom her den Brigantaggio über ganz Süditalien aus. Dabei zeigten in Folge der vergeblichen Rüstungen die italienischen Finanzen ein Deficit von 600 Millionen, 337 im ordent-

lichen, 284 im außerordentlichen Budget. Wie immer in politisch unbehaglichen Zeiten, trieb der Particularismus, oder wie man das in Italien nannte, der Municipalgeist, eine Fülle giftiger Blüthen, und vor Allem hatte sich der Gegensatz zwischen den Piemontesen und den neuen Provinzen erheblich verschärft. Jene hatten das hohe Bewußtsein, durch ihre treffliche Armee die Einheit Italiens geschaffen zu haben, diese erklärten dagegen, daß ohne ihre populare Erhebung die wenigen sardinischen Regimenter ohnmächtig gewesen wären. Jene waren stolz auf die feste Ordnung und Disciplin des alten sardinischen Staats im Vergleich mit dem unregelmäßigen, bald schlaffen, bald willkürlichen Wesen in der überlieferten Verwaltung der übrigen Territorien; diese erklärten, daß bei der Pedanterie und dem Militarismus der Piemontesen an ein freisinniges, constitutionelles Leben nicht zu denken sei, so lange diese den vorherrschenden Ton in der Regierung angäben. Ihr seid undankbar in der Geringschätzung der von uns gebrachten Opfer, sagten die Piemontesen. Euer Hochmuth, erwiderten die Andern, ist unerträglich; was ihr gewollt habt, war nicht ein einiges Italien, sondern ein Großpiemont. Das ewige Rufen nach der Erwerbung Roms als der natürlichen Hauptstadt Italiens wurde allmählich den Piemontesen als eine Kränkung ihres Turin verdrießlich, während bei den Andern die Meinung aufkam, in Ermangelung Roms müsse die Residenz an einen passenderen Ort als Turin verlegt werden. Die Erbitterung der Piemontesen erreichte eben zu dieser Zeit ihren Höhepunkt durch den Umstand, daß sie im Cabinet Minghetti kaum ein erhebliches Portefeuille besaßen, sich deshalb in allen wichtigen Verwaltungsfragen zurückgesetzt, und namentlich durch einen Gesetzentwurf über Ausgleichung der Grundsteuer mit einer bedeutenden Mehrbelastung bedroht sahen. Sie, die einstigen Schüler Cavour's, vereinten sich jetzt im Parlamente mit der äußersten Linken zu einer geschlossenen Opposition gegen das Ministerium, worauf Minghetti ihnen den Vorwurf entgegen schleuderte, daß sie die Partei dem Vaterlande und das Municipium der Nation vorzögen, und seinerseits die Frage der Verlegung der Hauptstadt ernstlich in das Auge zu fassen begann. Genug, die Lage war so widerwärtig wie möglich; das Ministerium meinte, um seine Existenz zu retten, irgend eines raschen und auffälligen Erfolgs zu bedürfen, und da Drouyn de Lhuys bei wiederholten Ansätzen Nigra's in

seinem Schweigen verharrte, sandte Minghetti im Mai 1864 den Marchese Pepoli nach Paris, um unmittelbar bei dem Kaiser die römische Frage wieder in Fluß zu bringen.

Wie wir wissen, hatte der klägliche Ausgang des polnischen Abenteuers die napoleonische Politik in eine neue, oder, wenn man lieber will, zurück in die alte Richtung gedrängt. Der aufgefrischte Haß gegen Österreich kam, wie in Deutschland dem preußischen, so in Italien dem Turiner Cabinet zu Gute; je weniger Napoleon selbst noch einmal einen großen Krieg zu führen wünschte, desto einladender war ihm die Vorstellung, durch jene beiden Mächte Österreich bedrängen zu lassen, um dann im gegebenen Augenblick als entscheidender Schiedsrichter zwischen die Streitenden zu treten. Dazu bedurfte es im Norden der Alpen eines gründlichen Bruches der preußisch-österreichischen Allianz, und zu diesem Zwecke predigte er Preußen die Annexion der Herzogthümer; im Süden aber mußte Italien nicht mehr in der eigenen Brühe gekocht werden, sondern stark und streitfähig bleiben, und so hatte er es im November zwar für jetzt zum Frieden, zugleich aber auch zur steten Fortsetzung der Rüstungen ermahnt. Demnach fand Pepoli den Boden für seine Vorschläge besser, als er es hatte erwarten dürfen, vorbereitet. Als er dem damals in Fontainebleau residirenden Kaiser die verzweifelten Zustände Italiens, die gährenden Leidenschaften der Actionspartei, die Gefahr für die bestehende Ordnung schilderte, eine Gefahr, die, wie Orsini gezeigt hatte, nicht bloß in Italien die Sicherheit eines gekrönten Hauptes bedrohte: da räumte ihm Napoleon ein, daß er Recht habe, und daß etwas zur Besserung der Verhältnisse geschehen müsse. Drouyn de Lhuys erhielt den Befehl, endlich auf die Depesche vom 9. Juli 1863 eine einläßliche Antwort zu ertheilen, und Frankreichs Bereitwilligkeit zur Räumung Roms zu erklären, wenn man sonst ausreichende Bürgschaften für die Sicherheit des Papstes finden könnte. Visconti-Venosta wies darauf am 17. Juni den Ritter Nigra an, in die amtliche Unterhandlung einzutreten, als die zu gewährenden Bürgschaften die Vorschläge Cavour's von 1861 anzubieten, und im Übrigen den Wünschen Napoleon's entgegen zu kommen, so weit dies ohne Verletzung der Rechte der italienischen Nation möglich wäre. Dem französischen Minister war die Sache äußerst widerwärtig. Indessen wußte er, daß seine Gegner, Rouher, Thouvenel, Lavalette, eben jetzt sehr eifrig an seinem Sturze arbeiteten und, ohne

von der Turiner Correspondenz zu wissen, den Kaiser zur Räumung Roms drängten. Er gehörte nun nicht zu den absoluten Charakteren, welche lieber eine hohe Stellung verlieren, als einen Grundsatz verläugnen; im Gegentheil, wenn der Grundsatz aufgegeben werden sollte, hielt er um so fester am Amte nach der feinen Formel, um bei allem Unheil so viel zu retten wie möglich. Anfangs verliefen denn seine diplomatischen Erörterungen mit den beiden Italienern glatt genug. Es wurde festgestellt, Italien werde, wenn Frankreich seine Truppen abberufen wolle, den damaligen Kirchenstaat weder selbst angreifen, noch irgend einen von Außen her kommenden Angriff darauf zulassen, es werde der Bildung eines päpstlichen Heeres aus katholischen Freiwilligen nicht widersprechen, vorausgesetzt, daß dasselbe nur zur Erhaltung der Ruhe im Innern und an den Grenzen verwandt würde, endlich, Italien werde einen seinen Annexionen entsprechenden Theil der päpstlichen Staatsschuld übernehmen, (einen Betrag, der ungefähr auf 15 Millionen Scudi berechnet wurde). Dies also, sagte darauf Drouyn de Lhuys, wäre der Inhalt unseres Vertrags: welche Bürgschaft für seine feste Ausführung könnt ihr nun bieten? Die Italiener protestirten lebhaft gegen ein solches Mißtrauen und betheuerten die Loyalität ihrer Regierung; Drouyn de Lhuys versetzte, weder er selbst noch sein kaiserlicher Gebieter hegten einen solchen Zweifel; aber zur Beruhigung der katholischen Gemüther sei ihnen eine materielle Gewähr für die Unverbrüchlichkeit des Vertrages unentbehrlich. Es wurden also verschiedene Auskunftsmittel besprochen, ein ausdrücklicher Verzicht Italiens auf den Wunsch, Rom als Hauptstadt zu besitzen, oder eine gemeinsame Garantie des Kirchenstaats durch alle katholischen Mächte, oder die fortdauernde Besetzung irgend einer Stadt im Kirchenstaat durch eine kleine Abtheilung französischer Truppen. Überall mußten die Italiener erklären, daß in den Vorschlägen eine Verletzung des Grundgesetzes der Nichteinmischung, und folglich der Rechte der italienischen Nation, vorliege. Dann erwägt, sagte Drouyn de Lhuys, eine anderweitige Bürgschaft; denn ohne eine solche werden unsere Truppen nimmermehr abziehen.

In dieser Klemme wandte sich Pepoli noch einmal persönlich an den Kaiser, und aus diesem Gespräche entsprang der Vorschlag, die italienische Regierung möge ihre Residenz aus Turin nach einer andern italienischen Stadt verlegen. Die Katholiken, meinte

Napoleon, würden daraus ersehen, daß Italien die Hoffnung auf den Besitz Roms aufgegeben habe, und Pepoli seinerseits glaubte, bei dem offenen Bruche zwischen den Piemontesen und dem Ministerium auf Minghetti's Zustimmung rechnen zu dürfen. Er reiste dann selbst nach Turin, um zunächst bei den Ministern eine günstige Entscheidung zu erwirken. Hier ging es denn, wie so häufig in menschlichen Dingen: Minghetti hatte den Gedanken lange Zeit in seinem Sinne gepflegt, jetzt aber, als er zur That werden sollte, erwachten alle Bedenken, mit doppeltem Gewicht durch den Umstand, daß er als Forderung einer fremden Macht an ihn gelangte. Sein College Menabrea war gerade in Vichy, wohin kürzlich auch Kaiser Napoleon gekommen war; hier wurde noch einmal eine Einwirkung auf den französischen Monarchen versucht. Napoleon war im Grunde des Herzens fortdauernd günstig gestimmt. Der Commandirende in Rom, General Montebello, hatte wieder über eine Menge von lästigen Zänkereien mit den päpstlichen Behörden berichten müssen, von lauter kleinen, darum aber nicht minder verdrießlichen Anwendungen des großen Grundsatzes Non possumus; mit jedem Tage wurde dem Kaiser sein römisches Protectorat beschwerlicher, das ihm von den Gläubigen ohne Dank als gemessene Pflicht auferlegt wurde, das ihn aber in den Augen der übrigen Welt beinahe als lächerliche Figur erscheinen ließ. Immer aber stand andrerseits die Forderung fest, daß der französische Klerus nicht zu einer oppositionellen Abstimmung bei den nächsten Wahlen veranlaßt werden dürfe, und deshalb sollte gerade Drouyn de Lhuys den Vertrag unterzeichnen, und dessen ultramontane Gesinnung dem Klerus für die Harmlosigkeit des Vertrags einstehen. So empfing Napoleon den General Menabrea äußerst freundlich. Glaubt mir, sagte er, die Besetzung Roms ist mir ebenso lästig, wie euch; aber hätte nur Cavour nicht die Thorheit des Beschlusses vom 27. März 1861 begangen; dieser zwingt euch ja, sobald meine Truppen aus dem einen Thore ausmarschiren, die eurigen durch das andere einrücken zu lassen. Als Menabrea meinte, dieses Hinderniß werde nicht unübersteiglich sein, wies ihn Napoleon an, nach Paris zu gehen, und sein Heil bei Drouyn de Lhuys zu versuchen; was er hier ausrichte, werde auch ihm, dem Kaiser, genehm sein. Menabrea that so, aber Drouyn de Lhuys blieb unerschütterlich bei seinem Satze: kein Vertrag ohne ein materielles Pfand, mithin ohne Verlegung der Residenz. Der

italienische Minister mußte sich entschließen, mit diesem negativen Ergebniß nach Turin zurückzukehren, und empfing dort von seinen Collegen den wenig erfreulichen Auftrag, den König von der Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen.

Victor Emanuel war schwer betroffen. Vor drei Jahren hatte er seine italienische Krone mit der Abtretung seines Stammlandes bezahlt; jetzt wurde ihm die Erniedrigung seiner geliebten Geburtsstadt für die Eröffnung eines sehr ungewissen Weges nach Rom zugemuthet. Er brauste heftig auf, forderte Bedenkzeit, zürnte grimmig über seine Minister. Aber mit seinem geraden und klaren Verstande erkannte er sehr bald, daß der Rücktritt hier unmöglich geworden war. Was würde Italien sagen, wenn er den Abzug der Franzosen verhindert hätte, damit das verhaßte Turin Residenz bliebe? Nach wenigen Tagen hatte er sich gefaßt, und gab den Ministern Vollmacht, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen.

Immer aber hatte Nigra noch mehr als eine schwere Stunde gegenüber der Abneigung des französischen Ministers durchzumachen. Zwar genehmigte Drouyn de Lhuys ohne Schwierigkeit die italienische Forderung, daß die Verlegung der Residenz nicht in dem Vertrage selbst erwähnt, sondern durch ein geheimes Protokoll vereinbart werden sollte: in diesem aber mußte ausdrücklich bemerkt werden, daß der Vertrag erst dann bindende Kraft erhalten würde, nachdem der König den Inhalt des Protokolls verwirklicht und die Verlegung der Residenz verfügt hätte. Bei weitern Gesprächen wies Drouyn de Lhuys darauf hin, der Vertrag sehe den Fall nicht vor, daß ohne einen Angriff von Außen her eine innere Revolution die päpstliche Herrschaft stürze; er bemerkte, daß eine Anstandspflicht gegen den Papst die Möglichkeit eines solchen Falles im Vertrage zu erwähnen, verbiete, Frankreich aber sich für das Eintreten desselben vollkommen freie Hand vorbehalte. Nigra erhob dagegen keinen Widerspruch, sondern begnügte sich, zu erwidern, daß Italien natürlich denselben Vorbehalt mache. Drouyn kam dann wieder auf die Weigerung der Italiener zurück, den Beschluß vom 27. März 1861 ausdrücklich aufzuheben, worauf Nigra sehr bestimmt entgegnete, daß für den König die Beseitigung eines vom Parlamente gefaßten und von der Nation mit Begeisterung aufgenommenen Beschlusses eine Unmöglichkeit sei. Überdies, was besorge man denn noch? Italien verpflichte sich durch den Ver-

trag, für die Erlangung Roms keine gewaltsamen Mittel anzuwenden oder zuzulassen; niemand aber könne ihm verbieten, sich zu nationalen Wünschen zu bekennen und deren Erfüllung von dem Fortschritt der Moral und der Civilisation zu erhoffen. Drouyn de Lhuys vermochte nicht viel dagegen einzuwenden, so wenig er auch der Moral der Sache in diesem Falle traute. Um so unerbittlicher zeigte er sich bei einem letzten Punkte. Nach Cavour's Entwurf hätte der Abmarsch der französischen Truppen vierzehn Tage nach der Ratification des Vertrags erfolgen sollen. Jetzt aber erklärte Drouyn de Lhuys, daß eine so kurze Frist nicht genüge. Die Räumung könne nicht rascher vor sich gehen, als der Papst sein neues Heer zu organisiren vermöge; dazu müsse man ihm billiger Weise zwei Jahre gestatten. Wie sehr auch Nigra sich dagegen bemühte, es blieb bei diesem Termin; er sandte jetzt die Frage nach Turin, ob er unter den angegebenen Bedingungen und Formen zeichnen sollte.

In dieser letzten Stunde machte Victor Emanuel noch einen Versuch, um leichtere Bedingungen zu erlangen. Präfect der neapolitanischen Provinzen war damals General La Marmora, früher Cavour's vertrauter College, nach dieser Schule ein entschiedener Anhänger der französischen Allianz und auch Waffengenosse der Franzosen im Krimkrieg, ein strammer Soldat, sonst von engem geistigem Gesichtskreis, in der innern Politik durch und durch Piemontese. Diesen Mann hatte das Turiner Cabinet schon früher einmal an der Verhandlung betheiligen wollen, dann aber Abstand davon genommen; jetzt wurde er nach Turin berufen, mit Nigra's Berichten bekannt gemacht, und aufgefordert, zu einer Besprechung mit Napoleon nach Paris zu gehen. Der General war entrüstet über den Vertragsentwurf und entschloß sich schwer zu der ihm angemutheten Reise, welche übrigens in größter Verborgenheit unternommen wurde; La Marmora hat später über den Verlauf derselben nur die kurze Notiz veröffentlicht, er habe bei seinen Gesprächen mit Napoleon und Drouyn de Lhuys Beider Mißvergnügen durch seine Erklärung erregt, daß die Vollziehung des Vertrags für Italien große Schwierigkeiten herbeiführen würde, andrerseits aber habe er von Neuem die Überzeugung gewonnen, wie wohl geneigt den italienischen Wünschen die französische Regierung in der venetianischen Sache sei. Auch hätte, wie Graf Usedom unmittelbar nachher in Turin vernahm, Napoleon dem Turiner Cabinet seine feste Garantie

für den Fall eines österreichischen Angriffs zugesagt. Dies paßt vollkommen zu Allem, was wir sonst von Napoleon's damaligen Bestrebungen wissen. Er wollte Italien zum Besitze Venetiens verhelfen, und eben deshalb, um hiebei nicht durch innere französische Schwierigkeiten gehindert zu werden, seinerseits aus der römischen Frage unter Sicherstellung des Papstes ausscheiden. Und umgekehrt gab es kein besseres Mittel, La Marmora und das Turiner Cabinet hinsichtlich Roms gefügig zu machen, als die Aussicht auf einen baldigen Erfolg ihrer venetianischen Wünsche.

So kam denn nach La Marmora's Rückkehr Victor Emanuel zum Entschluß. Er sandte Pepoli wieder nach Paris, um gemeinsam mit Nigra das Abkommen zu zeichnen. Am 14. September erhielten dann Vertrag und Protokoll die endgültige Redaction und wurden am 15. von den beiden Italienern und Drouyn de Lhuys vollzogen.

Bis dahin war das Geheimniß der Verhandlung in voller Strenge bewahrt geblieben. Kaiserin Eugenie, welche von dem Beginne der Gespräche Pepoli's vernommen, war später, vollständig beruhigt über deren Erfolglosigkeit, nach Schwalbach in das Bad gereist. Der päpstliche Nuntius Chigi sagte noch am 18. September dem preußischen Geschäftsträger mit freundlicher Sicherheit, an einen so gottlosen Frevel sei hier in Paris gar nicht zu denken. Als zwei Tage nachher der Minister dem diplomatischen Corps den Vertrag mittheilte, war Chigi außer sich: das ist ein Verrath, eine Desertion auf kurze Sicht, rief er aus. Es war die Meinung der klerikalen Partei in aller Herren Ländern. Die Entrüstung gegen Drouyn de Lhuys war allgemein, daß er seine so oft betheuerten Grundsätze so schnöde verläugnet habe. Da bald nachher auch seine alten, von ihm vor zwei Jahren verdrängten Gegner wieder auf dem Schauplatz erschienen, Lavalette in das Ministerium eintrat, Benedetti als Botschafter nach Berlin ging, so schien es unverkennbar, daß die conservative Partei auf allen Punkten geschlagen war. Was halfen da alle die schönen Versprechungen der Turiner Regierung? Sie hatte sich, riefen die Klerikalen, über die Verträge von Villafranca und Zürich hinweg gesetzt; sie würde nach dem Abzug der Franzosen auch die Septemberconvention mit Füßen treten. Der ganze sonstige Inhalt des Vertrags sei leeres Gerede, die einzige reale Thatsache darin sei die Aufkündigung des mächtigen französischen

Schutzes für das bedrängte Schifflein Petri. Der heilige Stuhl sei Preis gegeben, entweder den verbrecherischen Banden Mazzini's, oder, was noch verruchter wäre, dem zugleich räuberischen und heuchlerischen subalpinen Königreich.

Die liberale Welt stimmte dieses Mal in ihrer Auffassung mit der klerikalen von Herzen überein. Aller Orten erklärte man für den einzig wesentlichen Artikel des Vertrags den Abzug der Franzosen aus Italien; nach dessen Vollziehung werde das Übrige sich ganz von selbst machen. Die Italiener thaten Alles, diese Meinung zu bekräftigen. Im Auftrage seiner Regierung schrieb Nigra einen für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht über seine Unterhandlung, worin er nachdrücklich betonte, daß der Vertrag nicht mehr noch weniger bedeute, als was er sage, nämlich Italiens Verzicht auf die gewaltsamen Mittel zur Gewinnung Roms, und noch positiver erklärte Pepoli in einer zu Mailand gehaltenen Rede, daß die nationalen Aspirationen bezüglich Roms und der Parlamentsschluß vom 27. März 1861 durch den Vertrag weder berührt noch verläugnet würden. So toste denn nach der Bekanntmachung des Vertrags ein unermeßlicher Jubel durch ganz Italien, welcher durch die Kunde von der beabsichtigten Verlegung der Residenz in den neuen Provinzen noch weiter gesteigert wurde. Nur in Piemont, wie sich versteht, erweckte dieser letzte Punkt eine starke Erbitterung, besonders, als man erfuhr, daß die Verlegung auf eine ausdrückliche Forderung Frankreichs beschlossen worden war. Die guten Bürger Turins jammerten über ihren pecuniären Schaden; der stolze piemontesische Adel ballte die Faust gegen die neuen Provinzen, und der in diesen Kreisen sehr einflußreiche Klerus hetzte nach Kräften, in der Hoffnung, an dieser Klippe vielleicht noch den ganzen Vertrag scheitern zu machen. Es kam in Turin drei Tage lang unter der Führung junger Edelleute zu Straßentumulten, bei welchen die Behörden sich in unglaublichem Maaße zuerst kopflos und dann brutal benahmen, und schließlich eine Menge Todter auf dem Platze blieb. Hier griff aber der König mit der ihm eigenthümlichen lebhaften Schnelligkeit durch. Das Ministerium Minghetti hatte niemals bei ihm in Gnaden gestanden; durch die Verlegung der Residenz war es ihm vollends widerwärtig geworden: jetzt gab er ihm plötzlich den Abschied, und berief die Führer der piemontesischen Partei unter La Marmora's Präsidium in das Amt. Diese Maaßregel wirkte günstig auf

die Stimmung in Turin; daß an der Vollziehung des Septembervertrags dadurch nichts geändert wurde, bedarf nicht erst der Bemerkung. La Marmora trat für denselben, also zunächst für die Verlegung des Regierungssitzes nach Florenz, ebenso entschieden wie sein Vorgänger ein, obwohl ihm die in Paris gemachten Andeutungen über eine baldige Erwerbung Venedigs einstweilen noch sehr unsicher erschienen. Er hielt es für wenig wahrscheinlich, daß Preußen sich jemals zu einem Kriege mit Österreich aufraffen würde, dasselbe Preußen, welches einst den Grafen Cavour wegen seiner Annexionen so hart angelassen, die Depesche vom 10. September so nachdrücklich getadelt, und eben erst die begonnene Unterhandlung über einen Handelsvertrag mit Italien in das Unbestimmte vertagt hatte. Indessen, um so mehr galt es, die Freundschaft Napoleon's nicht auf das Neue zu verscherzen, und demnach den Septembervertrag rückhaltlos durchzuführen.

Denn in der That, mochte nun in der Zukunft die römische Frage in der einen oder der andern Weise gelöst werden, unter allen Umständen brachte für jetzt der Vertrag für Italien den unberechenbaren Gewinn der Entfernung der fremden Streitmacht von dem Boden der Halbinsel, innerhalb einer fest bestimmten Zeit. Er brachte ihm weiter die Herstellung des herzlichen Einvernehmens mit dem Kaiser Napoleon, und damit auch die Aussicht auf Frankreichs diplomatische Unterstützung in der venetianischen Frage, sobald sich in Europa entweder günstige Verhältnisse für Italien oder sonstige Verlegenheiten für Österreich zeigten. Auf das Lebhafteste wurde dies Alles an den zunächst betroffenen Stellen, in Rom und in Wien, empfunden. Bei der Curie brachte die erste Nachricht von dem Vertrage einen Sturm der Entrüstung hervor. Ganz wie bei den Ereignissen von 1860 richtete sich der Zorn in erster Linie gegen Napoleon, in einem solchen Grade, daß man sogar eine, allerdings nicht amtliche, Annäherung an Italien versuchte. Victor Emanuel konnte bald nachher dem preußischen Gesandten im Vertrauen mittheilen, er hoffe, die römische Frage lange vor dem Ablauf der zwei Jahre geregelt zu sehen; er könne sie heute zum Abschluß bringen, wenn nicht eine der päpstlichen Forderungen bei dem jetzigen Stande der öffentlichen Meinung unerfüllbar wäre. Man habe ihm, ergänzte er etwas später diese Angaben, von Rom aus die Anerkennung des Königreichs und die Abtretung

der annectirten Provinzen angeboten, wenn er gewisse Concessionen auf dem kirchlichen Gebiete mache, und ausdrücklich auf die Einverleibung Roms verzichte. Er sei, sagte er, von Herzen bereit, alle kirchlichen Wünsche des Papstes zu erfüllen: in der That war er ebenso energisch und muthig zu jedem Waffenkampf, wie bedenklich und schwach in kirchlichen Conflicten. Aber der positive Verzicht auf Rom war damals für ihn wie für jeden italienischen Staatsmann eine politische Unmöglichkeit, und so hatte diese geheime Correspondenz keine andere Folge, als gesteigerten Unwillen im Vatican.

Nicht geringer als bei der Curie war der Zorn über den Septembervertrag in der Wiener Hofburg. Graf Rechberg erklärte dem französischen Gesandten, Herzog von Gramont, gerade heraus, das österreichische Cabinet finde sich durch Frankreichs Verfahren schwer verletzt. Gramont antwortete, wenn Österreich sich durch den Vertrag verletzt fühle, so sei Frankreich nicht weniger durch das Benehmen der drei Erzherzoge verletzt, welche im Laufe des Sommers einen Aufenthalt in Paris gemacht, ohne von dem kaiserlichen Hofe irgend welche Notiz zu nehmen. Darauf pflog man in Wien weitere Erwägung und beschloß, einiger Maaßen einzulenken. Bei dem zweifelhaften Verhältnisse zu Preußen konnte ein offenes Zerwürfniß mit Frankreich nur äußerst unbequem erscheinen. So sandte Graf Rechberg in der zweiten Hälfte des October eine Depesche nach Paris, worin er die Hoffnung aussprach, Frankreich werde bei der Ausführung des Vertrags für die Würde und Sicherheit des Papstes Sorge tragen; Österreich sei bereit, mit dem Tuileriencabinet die römische Frage weiter zu erörtern, so daß hoffentlich beide Mächte zu einem Einverständniß über die gemeinsame Behandlung derselben gelangen würden. Herrn Drouyn de Lhuys mochte diese Annäherung seines hochgeschätzten Österreich recht erfreulich sein; bei Kaiser Napoleon aber machte sie geringen Eindruck, und bestimmte ihn am wenigsten, im österreichischen Sinne auf Italien einzuwirken. Er blieb bei seinem verdeckten Spiele, floß über von Versicherungen seiner Friedensliebe, war weit davon entfernt, zum Kriege zu hetzen, hielt aber durch die Bekundung seiner Sympathie Italiens Blick fest auf Venetien gerichtet, dessen Erlangung vielleicht ja durch seine Vermittlung in freier Übereinkunft erzielt werden könnte. Hiemit traf er nun La Marmora's geheimste Wünsche. Der General war tapfer im Kampfe, kannte

aber als militärischer Sachverständiger die Mißlichkeiten eines österreichischen Kriegs. Eine Aussicht, durch Napoleon's Hülfe Venetien ohne Blutvergießen zu erwerben, that seinem Herzen wohl. Als im November die Turiner Kammer die Verlegung der Residenz verhandelte, wies La Marmora am 12. mit großer Deutlichkeit auf die Vortheile hin, welche der Vertrag auch hinsichtlich der venetianischen Frage dem Königreich zuwende. Hätte ich, sagte er, mit dem Kaiser Franz Joseph darüber verhandeln können, so wäre ich in der Lage gewesen, ihm solche Gründe von gegenseitigem Interesse darzulegen, daß sie ihn zur Abtretung Venetiens bewogen hätten. Er dachte dabei, neben der diplomatischen Mitwirkung Frankreichs, an einen Eintausch Venetiens gegen eine Geldentschädigung, und entschloß sich für den Augenblick wegen der drückenden Finanznoth zur Verminderung des Heerbestandes um 85000 Mann. Als am 17. November General Bixio ihn darüber interpellirte, einen Erwerb Venetiens durch Kauf verwarf und die Nothwendigkeit verkündigte, daß Italiens sämmtliche Provinzen die Unabhängigkeit des Vaterlandes mit ihrem Blute besiegelten: da antwortete La Marmora mit ironischer Freundlichkeit, er könne den ehrenwerthen Bixio nicht für so blutgierig halten, daß er auch dann Krieg führen wolle, wenn das geforderte Ergebniß ohne die entsetzlichen Opfer des Schlachtfeldes sich erringen ließe.

Eine vertrauliche Mittheilung aus Paris, welche ihm in diesen Tagen zukam, konnte ihn in solchen Stimmungen nur bestärken.

Wir erinnern uns an Bismarck's Ausspruch in jenem Briefe an den König vom 16. October, nach Rechberg's Entlassung werde Schmerling sehr bald durch seine Pariser Preßagenten mit Frankreich Fühlung suchen, vermittelst Anerkennung des Königreiches Italien diesen Gegner entwaffnen, und dann unter dem Beifall der Mittelstaaten Preußen jeden, auch den geringsten Gewinn aus dem dänischen Kriege streitig machen. Jetzt also war Rechberg entlassen, und am 19. November schrieb Ritter Nigra an den General La Marmora, aus einer Unterredung mit Drouyn de Lhuys und andern glaubwürdigen Informationen ergebe sich ihm, daß Österreich nicht mehr abgeneigt gegen die Anerkennung des Königreichs Italien wäre, und dafür keinen ausdrücklichen Verzicht auf Venetien, sondern nur das Versprechen loyaler Nachbarschaft begehren würde, dann würde das Wiener

Cabinet auch zum Abschlusse von Handelsverträgen bereit sein, wie denn die ganze Tendenz der österreichischen Politik sich im Sinne einer Annäherung an Frankreich, und hiedurch an Italien, ausspreche; alle diese Dinge seien freilich bisher nur persönliche Intentionen und Meinungen und noch keine amtlichen Vorschläge, immerhin aber auch unter dieser Form von einleuchtender Wichtigkeit. Daß Nigra seine Angaben nicht aus der Luft griff, ist gewiß; aus welcher Wiener Quelle aber diese Anregungen stammten, und inwiefern Drouyn de Lhuys mit Vorwissen seines Kaisers oder hinter dessen Rücken nach seiner alten Liebe zu Österreich eigenmächtig handelte, lasse ich einstweilen dahingestellt Das Angebot war in mehr als einer Hinsicht für Italien verlockend. Denn die Anerkennung Italiens durch Österreich hätte mit einem Schlage alle Hoffnungen der früher in den annectirten Landen herrschenden Fürsten getödtet, und dem in seinen Finanzen schwer belasteten Königreich die Entwaffnung und damit die Herstellung des Staatshaushalts und die Mittel der höchst nöthigen Verwaltungsreform ermöglicht. Dennoch aber erklärte nach kurzem Nachdenken La Marmora den Vorschlag für unannehmbar. Durch den Septembervertrag haben wir, sagte er, wenigstens scheinbar, uns zum Verzichte auf Rom bequemt; ein Abkommen mit Österreich in der vorgeschlagenen Weise würde dazu den Verzicht auf Venedig gesellen, und sofort einen solchen Sturm der Entrüstung bei allem Volk gegen uns entflammen, daß die bevorstehenden Kammerwahlen den radicalen Parteien eine erdrückende Mehrheit liefern würden. Auf seine Frage, ob Österreich bei der Anerkennung sich etwa zur Räumung Venetiens gegen eine große Geldzahlung verstehen würde, antwortete freilich Drouyn de Lhuys mit bestimmter Verneinung. Demnach ließ La Marmora die Sache um so mehr auf sich beruhen, als seit Ende November der innere Zwiespalt in Deutschland mit jeder Woche klaffender zu Tage trat, und für Italien die Hoffnung erweckte, demnächst durch Bedrängniß Österreichs im Norden die Gelegenheit zu einem gefahrlosen Angriff auf Venetien zu gewinnen.

---

2. Capitel.

Ausweisung der Bundestruppen aus Holstein.

Wenn Kaiser Franz Joseph versicherte, daß die Ernennung Mensdorff's an Rechberg's Stelle keinen Systemwechsel bedeute, Bismarck aber von dem Personenwechsel eine schwere Gefährdung der bisherigen Allianz befürchtete, so konnten beide Auffassungen ganz wohl neben einander bestehen. Der Kaiser liebte und ehrte seinen königlichen Bruder von Preußen, und erkannte den vollen Werth der preußischen Allianz. Gerne hätte er das Mögliche gethan, die Wünsche des Bundesgenossen zur Befestigung des Bündnisses zu erfüllen. Aber kein Mensch in Österreich wollte damals von der preußischen Annexion der Herzogthümer hören ohne einen Gegengewinn für Österreich; Minister, Beamte, Generale, Volksvertreter, Zeitungen, Alle waren einig darin, und die öffentliche Meinung war seit 1859 wieder eine Macht in Österreich. Die Frage der Herzogthümer aber endlich und gründlich aus der Welt zu schaffen, war der heißeste Herzenswunsch der österreichischen Politik. Bei all den innern Schwierigkeiten bedurfte man dringend der äußern Ruhe und dauerndes Friedens, und meinte nun, aus dem schrecklichen schleswig-holsteinischen Handel immer neue Verwicklungen herauswachsen zu sehen, wenn man Preußen zu Liebe den Wünschen der Bevölkerung und des Bundestags ferner Widerstand leiste. Also Festhalten an der preußischen Freundschaft, aber auch Festhalten an der richtigen Entscheidung über Schleswig-Holstein. Sähe Preußen zugleich die ruhige Festigkeit und die treue Bundesgesinnung Österreichs, so würde es schließlich sich fügen, wie

Friedrich Wilhelm IV. sich gefügt hatte. So hatte, sahen wir, schon Rechberg seine Entschließung gefaßt, und ohne irgend einen Systemwechsel sollte Mensdorff weiter regieren. Nicht nach Schmerling's Wunsche Preußen den Rücken zu wenden, und auf's Neue mit den Westmächten anzuknüpfen, war die Absicht: sondern Preußen zu dem Wiener Programm zu bekehren, dann seine Freundeshand um so fester zu fassen und damit den Bund der vier legitimen Großmächte gegen den revolutionären Imperator an der Seine aufrecht zu halten, dieses Ziel schwebte dem neuen kaiserlichen Minister vor Augen.

Bei diesen Wiener Gesinnungen aber waren Bismarck's Besorgnisse wahrlich nicht ohne Grund Denn bei der Verwerthung des Sieges nicht leer auszugehen, dieser Entschluß stand bei der preußischen Regierung fest, und daß Österreich zur Zeit weniger bewilligen wollte, als Preußen zu fordern gedachte, war auch nach Rechberg's letzten Äußerungen zweifellos. Es standen also ernste, vielleicht schwere Verhandlungen bevor, und die Frage war, ob und wie und wann man zu einem Compromiß gelangen würde. Nun hatte Bismarck, seinerseits zu jeder mit dem Hauptzwecke verträglichen Nachgiebigkeit bereit, bis zu Rechberg's Entlassung immer noch an der Hoffnung festgehalten, diesen zu einem ähnlichen Verfahren und damit zu einer schließlichen Verständigung herbeizubringen. Denn der Graf hatte ja persönlich den Vertrag vom 16. Januar bewirkt, und persönlich den Widerstand gegen Augustenburg und die Mittelstaaten mitgemacht; offenbar war es schwieriger für ihn als für einen bisher unbetheiligten Nachfolger, in einem völlig entgegengesetzten System unabänderlich fest zu bleiben. Sodann war Rechberg, wenn auch kein genialer Staatsmann, doch seit langer Zeit erfahren in den Geschäften, kundig in den europäischen Verhältnissen, klar über die Gefahren, bei welchen es für Österreich keine bessere Stütze als Preußens Freundschaft gab. Dabei stand er von jeher mit Schmerling auf schlechtem Fuße, wechselte zwar zuweilen nach momentaner Aufwallung seine Haltung, blieb aber stets selbständig in seinen Ansichten und Entschlüssen, und während in Wien niemand behaupten konnte, auf ihn einen bestimmenden Einfluß zu üben, bewahrte er dem preußischen Staatsmanne seine auf langjährige Achtung begründete Anhänglichkeit.

Dies Alles war anders bei seinem Nachfolger. Graf Mensdorff war ein ritterlicher Officier ohne Furcht und Tadel, wohl-

wollend und rechtschaffen, wenn auch mit einem starken Bodensatze wienerischer Schlauheit, nach militärischer Denkweise politisch conservativ gesinnt, in der Diplomatie aber vor Allem auf ehrenvolle Festigkeit bedacht. Bei seinem vielfachen Garnisonswechsel und zuletzt bei seiner Leitung des galizischen Belagerungsstands hatte er zwar die innern Zustände des Reiches kennen gelernt und auch von den Aufgaben einer Landes-Verwaltung einigen Begriff gewonnen. Aber seinen jetzigen Beruf, den er widerstrebend, nur auf förmlichen Befehl des Kaisers, übernommen hatte, fand er weder seiner Gesundheit noch seinen Neigungen entsprechend, und daß auch umgekehrt weder seine Vorbildung noch seine Kräfte den neuen Aufgaben entsprachen, trat von Anfang an unverkennbar hervor. Er liebe Preußen, sagte er, und werde für dessen Wünsche Alles thun, was die Ehre eines österreichischen Generals verstatte, darüber hinaus aber gar nichts, auf jede Gefahr. Hiegegen war ohne Zweifel nichts einzuwenden; nur bewies es nichts für sein politisches Talent, für die Fähigkeit, verwickelte Fragen mit sachkundigem Blicke zu handhaben, günstige und widrige Momente darin zu sondern, Maaß und Tempo ihrer Behandlung richtig zu wählen. In den schönen Zeiten von 1850 war er österreichischer Civilcommissar in Holstein gewesen; er bemerkte jetzt auf der Stelle, wie sehr seitdem die Dinge sich verwandelt hatten; er sah, daß die Frage der Elbherzogthümer zur Zeit für Österreich wenig günstig gelegen, um nicht mit Schmerling zu reden, daß sie durch Rechberg gänzlich verfahren war, und oft genug seufzte er: wäre doch Rechberg so lange Minister geblieben, um diese Sache zur vollen Erledigung zu bringen. Insbesondere litt er Noth bei der Wahrnehmung, wie jeder Schritt in der Verhandlung über Schleswig-Holstein den Boden der deutschen Bundesverfassung schwanken machte, wie die Lösung der einen Frage unabsehbare Händel und Schwierigkeiten in der andern hervorrief: und nun waren ihm auf all seinen cis- und transleithanischen Commandos die Geheimnisse des deutschen Bundesrechts ebenso unbekannt geblieben, wie die Vorschriften des Koran und die muselmännische Theologie. So fiel er seit dem ersten Tage in unbedingte Abhängigkeit von seinem Referenten, dem Herrn von Biegeleben, und jenen übrigen Diplomaten „aus dem Reiche", welche in den Tiefen der Bundesverträge lebten und webten wie die Fische im Wasser oder die Mäuse im Kornspeicher, und deren

politische Weisheit sich in der Forderung zusammenfaßte, nach Bundesgesetz die Gleichberechtigung aller deutschen Souveräne, und damit die Unterwerfung Preußens unter die Frankfurter Majorität in Kraft zu erhalten. Allerdings waren die Wege auch zu diesem Ziele durch Rechberg's frühere Thaten gründlich verfahren, durch seine vernichtende Kritik des alten Bundesrechts auf dem Frankfurter Fürstentage und durch sein verachtendes Hinwegschieben des Bundestags bei dem Beginne des dänischen Kriegs. Der Kaiser hatte ein Gefühl von der Mißlichkeit, diese ausgetretenen Pfade von Neuem einzuschlagen, und drängte demnach den Minister, so rasch wie möglich direct mit Preußen die holsteinische Sache zum Abschluß zu bringen, und damit weitere Verwicklungen in Deutschland zu verhüten: auch Mensdorff war hienach sehr bereit mit soldatischem Freimuth unmittelbar auf das Ziel loszugehen, und ließ, gleich nachdem er das Ministerium angetreten, durch Biegeleben eine umfassende Arbeit redigiren, welche dann, in drei große Depeschen vertheilt, am 12. November von dem Minister unterzeichnet wurde.

Das erste dieser Schriftstücke pries die enge Verbindung der beiden Mächte, welche die einzige Bürgschaft für Frieden und Heil in der Zukunft bilde. „In Seinem Königlichen Alliirten von Preußen, sagte Mensdorff, liebt und verehrt der Kaiser einen Gesinnungsgenossen, mit dem er den Ruhm der Rechtlichkeit, conservative Gesinnungen und Anhänglichkeit an die deutsche Sache theilt: der Kaiser zählt daher fest darauf, daß der König gleich Ihm selbst auch die Tugend der Entsagung zu üben und die eigenen Wünsche zu begrenzen wissen werde, so weit dies nöthig, um der höhern Rücksicht, der Erhaltung und Befestigung des österreichisch-preußischen Bündnisses, Genüge zu thun."

Nach dieser hoffnungsvollen Einleitung besprach Mensdorff die verschiedenen Möglichkeiten, die sich für die Lösung der Frage darzubieten schienen.

Zunächst die Annexion der Herzogthümer an die preußische Monarchie. Der Kaiser ziehe auch jetzt, in Rücksicht auf Deutschland und Europa, so wie auf das moralische und politische Interesse der beiden Mächte, eine uneigennützige Verfügung über die Herzogthümer allen territorialen Combinationen vor, an welchen die Mächte betheiligt wären, und zähle dabei besonders auf das persönliche erleuchtete Urtheil und die weise Selbstüber-

windung des Königs. Was würde Deutschland sagen, wenn die gesammtdeutschen Rechte und Interessen zum einseitigen Vortheil Preußens ignorirt würden? Welche Compensationen würden die außerdeutschen Großmächte in einem solchen Falle begehren? Dazu kämen die rechtlichen Schwierigkeiten. Preußen und Österreich hätten die Rechtstitel Christian's IX. stets für zweifelhaft erklärt. Wollten wir diese Zweifel im eigenen Hause niederkämpfen, was unmöglich ist, so würden die übrigen deutschen Regierungen sie uns entgegen tragen; wir würden zwischen der Erhaltung der Bundesacte oder der preußischen Allianz wählen müssen.

Sodann die Gründung eines halbsouveränen Staats, eine Anomalie, die noch stärker als die Annexion den Interessen der bestehenden Rechtsordnung widerstrebe. Innerhalb des Bundesrechts erkennen wir gerne Preußen maritime und militärische Vortheile zu. Aber das Bundesrecht verbiete es, den neuen Staat wesentlicher Hoheitsrechte zu entkleiden. Würde die Gleichberechtigung der deutschen Fürsten bei einem so wichtigen Anlasse verletzt, so hieße das, die deutsche Frage mit allen ihren Schwierigkeiten an die Stelle der schleswig-holsteinischen setzen.

So sei die einzige Lösung die Gründung eines selbständigen Bundesstaats Schleswig-Holstein.

Die zweite Depesche erörterte die Frage, wie es sich hinsichtlich der Entscheidung über die Thronfolge mit dem Wege Rechtens und der Competenz der Bundes-Versammlung verhalte. Sie gelangte zu dem Ergebniß, daß der Bund eine solche Competenz nicht besitze, daß selbst die Meinung, der Bund könne unabhängig von der Feststellung des Erbrechts über die Mitgliedschaft am Bunde entscheiden, grundlos sei, daß die Erbfrage nur in dem betreffenden Bundeslande selbst, nach den dort geltenden Verfassungs- und Familiengesetzen, entschieden werden könne; der Bund habe nur darauf zu sehen, daß die Entscheidung nicht gewaltsam, sondern auf dem Rechtswege erfolge, also in Ermanglung anderer Instanzen, die Prätendenten zur Verständigung über den Weg eines rechtlichen Abkommens zu veranlassen.

Jedoch könne die rechtliche Entscheidung nicht allein maaßgebend sein. Vorbehalten bleibe stets, daß Schleswig-Holstein nicht zerstückelt werde. Fände sich, daß keine der Parteien Erbansprüche auf das Ganze hätte, so wäre die empfehlenswertheste

Auskunft, daß Österreich und Preußen dem relativ Bestberechtigten ihre eigenen, im Wiener Frieden erworbenen Titel mit übertrügen.

Endlich die dritte Depesche untersuchte die Frage, ob Oldenburg oder Augustenburg dieser Bestberechtigte sei. Zunächst pulverisirte sie die Oldenburger Ansprüche als schlechthin grundlos. Und nun Augustenburg. Es war offenbar für die jetzigen Wünsche Österreichs der heikelste Punkt, nachdem man seit November 1863 so häufig und so energisch die völlige Richtigkeit des Augustenburger Erbrechts verkündet und bethätigt hatte. Indessen: so starke Bedenken, sagte die Depesche, wir gegen Augustenburg gehabt haben und in Bezug auf einzelne holsteiner Bezirke auch noch haben, so scheint uns doch, wo es sich um ein ungetheiltes Schleswig-Holstein handelt, Augustenburg's Anrecht das bessere; Österreich und Preußen haben dies ja schon in London am 28. Mai ausgesprochen, und die Einsetzung des Erbprinzen würde Frieden und Einigkeit im deutschen Bunde wieder herstellen.

Es war nicht wohl möglich, die Tugend der Entsagung und den Segen der Selbstüberwindung dem preußischen Cabinet eindringlicher vor Augen zu stellen, als es in der Summe dieser drei Actenstücke geschah. Immerhin wurde ihm daneben ein Fall bezeichnet, in welchem Österreich bereit sein würde, von der Höhe jener idealen Anforderungen herabzusteigen. Der kurz vorher nach Wien berufene Gesandte Graf Karolyi empfing bei seiner Rückreise außer den drei Depeschen noch den Auftrag zu einer mündlichen Erklärung, Österreich wolle die preußische Annexion der Herzogthümer genehmigen (mithin nach dem Ausdruck der ersten Depesche die Bundesacte der preußischen Allianz opfern), wenn ihm Preußen einen entsprechenden Territorialerwerb verschaffe. Hervorgehoben wurde zugleich, daß eine Geldentschädigung dem Zwecke nicht dienen könne, weil eine solche mit der Würde Österreichs nicht verträglich erachtet werde. Da nun König Wilhelm seinerseits die Erkaufung einer neuen Provinz durch die Abtretung alter und getreuer Bezirke mit Pflicht und Ehre nicht vereinbar hielt, so hatte man in Berlin Entschluß zu fassen, wie man sich zu der jetzt von Österreich beschützten Augustenburger Candidatur verhalten wolle. Bismarck war darüber längst im Klaren und hatte, noch ehe ihm Biegeleben's Werke vorgelegt wurden, bereits einen ersten, sehr eingreifenden Gegenzug gethan.

Mit den Wiener Eröffnungen vom 12 kreuzte sich nämlich eine dorthin gesandte preußische Depesche vom 14 November, welche zwar auf strengem deutschem Bundesrechte fußte, dennoch aber von der Tugend der Entsagung keine Spur erkennen ließ, vielmehr zu Biegeleben's mittelstaatlichen Sympathien den denkbar stärksten Contrast bildete.

Die Bundesexecution war, wie man sich erinnert, gegen Holsteins damaligen Besitzer, König Christian IX., verfügt worden, um auf Grund der Verträge von 1852 zu Gunsten des Landes gewisse Änderungen der dänischen Gesammtstaatsverfassung zu erzwingen. Jetzt waren die Herzogthümer von Dänemark getrennt, und der Besitz derselben von Christian an die beiden deutschen Großmächte cedirt worden. Es war mithin augenfällig, daß die Execution gegenstandslos geworden, und folglich nach Artikel 13 der Executionsordnung und Artikel 34 der Wiener Schlußacte die Executionstruppen ohne Verzug aus dem Lande zurückzuziehen waren. Der Artikel 13, nachdem er diese Zurückziehung verfügt, schloß dann mit dem Satze: die mit der Execution beauftragte Regierung hat zu gleicher Zeit der Bundesversammlung davon (von der Zurückziehung der Truppen) Nachricht zu geben. Bismarck zog daraus die Folgerung, daß bei der Notorietät der Sachlage kein Zweifel über die Beendigung der Execution weiter denkbar, und folglich kein Bundesbeschluß darüber erforderlich sei: demnach seien Sachsen und Hannover einzuladen, ihre Truppen sofort abzuberufen, und gemeinsam mit ihren Mitbeauftragten, Österreich und Preußen, dem Bundestage davon Anzeige zu machen. Rechberg hatte seinerseits schon am 17. October anerkannt, daß für die Anwesenheit der sächsischen und hannover'schen Truppen der Executionstitel in Wegfall gekommen sei, hatte aber beantragt, aus bundesfreundlicher Gesinnung etwa 2000 Mann davon im Lande zu lassen. Nun lag es freilich auf der Hand, daß bei den Tendenzen der Bundesmehrheit und insbesondere der sächsischen Regierung, das Verbleiben der Bundestruppen ein absolutes Hinderniß für die Feststellung preußischer Herrschaft oder preußisches Einflusses in den Herzogthümern sein würde: und so antwortete Bismarck auf Rechberg's Vorschlag, daß er denselben nicht zu motiviren wisse. Österreich sei stets mit Preußen einverstanden gewesen, daß der Bund keinen Titel zur Occupation, sondern nur zur Execution habe. Jetzt, nach dem Wegfall der Execution, könne um so